

## Deutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall

Klaus Schroeder

Als am 9. November 1989, von der Bevölkerung erzwungen, die Mauer fiel, gab es zuerst große Freude und dann großes Entsetzen. Der Sturz der sozialistischen Diktatur und das Gefühl der Freiheit beflügelten die meisten Ostdeutschen. Sie ließen Hoffnungen sprießen, die aber sehr schnell von den realen Verhältnissen in der DDR eingeholt wurden, die die gelenkten Medien zuvor weichgezeichnet hatten. Die DDR stand kurz vor dem Bankrott, die staatliche Autorität zerfiel und täglich gingen Tausende in den Westen. Ohne finanzielle Hilfe der Bundesrepublik hätte die DDR nur mit einem massiven Sozialabbau und einer generellen Verschlechterung der Lebenssituation fortexistieren können. So blieb nach der ersten und einzigen demokratischen Wahl zur Volkskammer allein der schnelle Weg in die Wiedervereinigung, die am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde. Diese erfolgte nicht auf Augenhöhe, sondern als Beitritt eines unterlegenen Systems zu einem wirtschaftlich und politisch erfolgreicherem.

### *Das Scheitern der zentralistischen Planwirtschaft*

Kurz vor dem Mauerfall, am 27. Oktober 1989, benannte Generalleutnant Kleine, beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zuständig für die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft, als wichtigste Themenfelder, wie eine starke sozialistische DDR die Schwelle zum nächsten Jahrtausend überschreiten könne, den Außenhandel, der 50 Prozent des Nationaleinkommens realisiere, die Aufrechterhaltung der Kreditwürdigkeit und der Zahlungsfähigkeit, den für die Modernisierung notwendigen Investitionsbedarf in Höhe von zwei jährlichen Nationaleinkommen sowie die ungenügende Arbeitsbereitschaft vieler Werktätiger. Der Bundesregierung warf er eine „Sturmreifmachung“ der DDR vor.

Seine Vorschläge zur Sanierung der Wirtschaft blieben jedoch eher allgemein, zumal gerade ihm bekannt war, dass eine zu Lasten des Lebensstandards zielende wirtschaftspolitische Strategie zu weiteren sozialen und politischen Unruhen führen musste. „Wir wissen alle aus unserer politisch-operativen Arbeit, dass die Werktätigen zunehmend unduldsamer und zum Teil ultimativ auf die jahrelang angehäuften Probleme und Missstände im volkswirtschaftlichen Produktionsprozess reagieren und auch mehr und mehr den Argumenten des ‚Neuen Forums‘, anderer Gruppierungen sowie der evangelischen Kirche zugänglich werden“,<sup>1</sup> so seine eher pessimistische Lageeinschätzung. Viel Hoffnung konnte der oberste Wirtschaftsinformant seinen versammelten Abteilungsleitern nicht mit auf den Weg geben. Er zitierte abschließend die Schriftstellerin und ehemalige sowjetische „Kundschafterin“, sprich Spionin, Ruth Werner mit den Worten: „Sie sind ratlos und können nachts nicht schlafen. Sie sagen, sie haben die Kraft, mit mancher Enttäuschung fertig zu werden, wenn es nur den Ausblick auf ein Vorwärts gibt. Wir haben so prächtige Menschen in der DDR, ich möchte, dass sie besser schlafen können, damit sie besser anpacken können, am liebsten schon morgen.“<sup>2</sup>

---

1 Referat von Generalleutnant Kleine (Leiter der HA XVIII) am 27. Oktober 1989: „Zur Um- und Durchsetzung der politisch-operativen Ziel- und Aufgabenstellungen der Planorientierung für die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft der DDR von 1990“, zit. nach: Uwe Bastian: Auf zum letzten Gefecht ... Dokumentation über Vorbereitungen des MfS auf den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin 9/1994, Berlin 1994, S. 33.

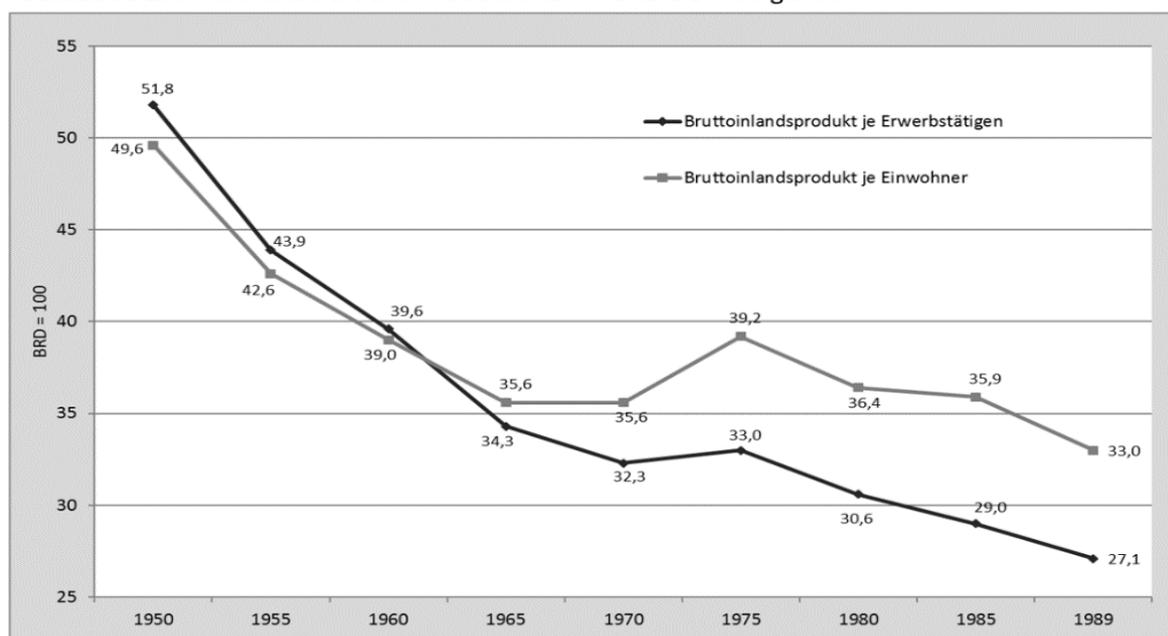
2 Ebd., S. 51.

Zu einer ähnlichen Einschätzung wie Kleine gelangte die AG Zahlungsbilanz unter Leitung von Gerhard Schürer.<sup>3</sup> In einem dem Politbüro am 30. Oktober vorgelegten Papier forderte sie eine „grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR, verbunden mit einer Wirtschaftsreform“. Als kurzfristigen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere sah sie nur die Gewährung von Finanzkrediten seitens der Bundesrepublik in Höhe von zwei bis drei Milliarden Valuta-Mark über die bisherige Kreditlinie hinaus.

Ein entsprechender Modernisierungspfad wäre mit einem massiven Sozialabbau und einer erheblichen Senkung des Lebensstandards einhergegangen. Dieses Szenario blieb den DDR-Bürgern erspart, da der Fall der Mauer knapp zwei Wochen später das Ende des SED-Staates einleitete.

Bis zum Schluss blieb der Alltag im SED-Staat von Materialknappheit und Versorgungsmängeln geprägt. Die zentralistische Planwirtschaft war im wahrsten Sinne des Wortes eine Mangelwirtschaft. Während Materialknappheit immer wieder zu Ausfällen und Wartezeiten in der Produktion führte, beeinträchtigte die schlechte Versorgung mit Konsumgütern den Lebensalltag der Menschen nachhaltig. Engpässe gab es nicht nur bei Südfrüchten und hochwertigen Importgütern, sondern ebenso bei für den Alltag unverzichtbaren Produkten.

**Schaubild 1:** Wirtschaftskraft und Produktivität im BRD-DDR-Vergleich



In Preisen von 1989 auf DM-Basis.

Quelle: Wilma Merkel / Stefanie Wahl (1991): Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands 1949–1989 Bonn.

Ein weiteres unlösbares Problem war das nach politischen Vorgaben erstellte Preissystem, das sich durchgängig als ökonomisch widersinnig erwies. Da die auf dieser Basis errechneten Preise bestenfalls nur zufällig reale Knappheitsrelationen widerspiegeln, konnten sie nicht, wie in Marktwirtschaften üblich, als Koordinierungsinstanz wirken. Das generelle Problem von Zentralverwaltungswirtschaften liegt in der unzureichenden Vermittlung von Eigen- und Fremdinteresse, die in marktwirtschaftlich geprägten Gesellschaftssystemen, zumindest theoretisch, über frei ausgehandelte Verträge hergestellt

<sup>3</sup> Gerhard Schürer u. a.: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen. Vorlage für das Politbüro des ZK der SED vom 30. Oktober 1989, zit. nach: Deutschland Archiv 10/1992, S. 1112 ff. Hier heißt es u. a.: „Allein ein Stoppen der Verschuldung (gegenüber dem NSW) würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25–30 % erfordern und die DDR unregierbar machen.“

wird.<sup>4</sup> Eine zentralistische Planwirtschaft kann letztlich nur als sogenannte Mengewirtschaft einhergehend mit einer Diktatur über die Bedürfnisse funktionieren, was eine Abschaffung des Geldes implizieren würde.

Folge der jahrzehntelangen sozialistischen Diktatur mit ihrer zentralistischen Planwirtschaft waren eine produktivitätsschwache Mangelwirtschaft, eine marode Infrastruktur, eine gigantische Umweltzerstörung und politisch entmündigte Menschen. Die Wirtschaftskraft lag nach über vier Jahrzehnten Sozialismus bei etwa 33 Prozent und die Produktivität bei allenfalls 27 Prozent des westdeutschen Niveaus. Günter Mittag, seit den 1960er Jahren in maßgeblichen Funktionen – unter anderem seit 1966 als Mitglied des Politbüros und ab 1976 als Sekretär des ZK der SED – für die Wirtschaft zuständig, fasste in einem *Spiegel*-Interview knapp ein Jahr nach der Wiedervereinigung die wirtschaftliche Situation in der Endphase der DDR mit drastischen Worten zusammen: „Man denke nur, angesichts der schwierigen Lage in der Sowjetunion, was heute hier los wäre, wenn es die DDR noch gäbe. Unbeschreiblich. Da läuft es mir heiß und kalt über den Rücken. Mord und Totschlag, Elend, Hunger. Es reißt mir das Herz kaputt. Mein Wunsch ist, Vertrauen in die Zukunft zu schaffen. Das ist wichtig. Jeder Mensch braucht Zuversicht, braucht etwas, woran er sich festhalten kann.“ Das knappe Fazit des für den Absturz der Wirtschaft obersten Verantwortlichen lautete: „Das sozialistische System insgesamt war falsch.“<sup>5</sup>

### *Das Ende der DDR*

Der sich seit den 1980er Jahren abzeichnende Niedergang der DDR mündete schließlich im Sommer 1989 in einen Todeskampf. Außenpolitisch war die DDR nach dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow und den Reformbestrebungen in einigen der sogenannten sozialistischen Bruderstaaten weitgehend isoliert, was der SED-Führung offenbar nicht hinreichend bewusst war. Innenpolitisch sah sich die SED mit einer sich formierenden Opposition und einer Fluchtbewegung konfrontiert.

Das Gesamtpotential der Opposition lag nach den Beobachtungen des Ministeriums für Staatssicherheit bei ca. 2 500 Personen, davon befanden sich etwa 600 in Führungsgremien. Das MfS stufte ca. 60 Personen als fanatische, von politischer Profilierungssucht getriebene, unbelehrbare Feinde des Sozialismus ein.<sup>6</sup>

Die Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen erreichte im Frühsommer 1989 immer größere Kreise der Bevölkerung. Doch erst der offensichtliche Wahlbetrug der SED bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 und vor allem die einsetzende Fluchtwelle beschleunigten den Prozess der Formierung der Opposition und der Unruhe in der Partei. Von Ende Juli bis Anfang September 1989 entstanden die wichtigsten Gruppen, die wesentlich zum Erodieren der SED-Herrschaft beitrugen.<sup>7</sup>

Die zahlenmäßig stärkste Gruppe der Bürgerbewegung, das „Neue Forum“, verstand sich nicht als Partei, ja nicht einmal als eine ideologisch oder programmatisch strukturierte Vereinigung, sondern zunächst nur als organisatorische Basis für eine innergesellschaftliche Diskussion, und sie forderte die SED zum Dialog auf. Ihre programmatischen Aussagen blieben wie die weiterer Oppositionsgruppen weitgehend allgemein

---

4 Zur Funktionsweise einer zentralistischen Planwirtschaft vgl. Klaus Schroeder: *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990*, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 625 ff.

5 Vgl. *Der Spiegel* 37/1991, S. 104.

6 Vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.): *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989*, Berlin 1990, S. 46 ff.

7 Vgl. Ehrhart Neubert: *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*, München/Zürich 2008, S. 44 ff. sowie Wolfgang Schuller: *Die deutsche Revolution 1989*, Berlin 2009, S. 66 ff.

und konzentrierten sich zumeist auf einen reformierten und demokratischen Sozialismus. Einigkeit herrschte unter ihnen nur in Bezug auf die angestrebte Abschaffung des SED-Machtmonopols.

Diese politische Opposition, die sich unter schwierigen Bedingungen in den 1980er Jahren in kleinen informellen Zirkeln im (spät-)totalitären Herrschaftssystem DDR neu herausbildete, wies jedoch nicht die Breite und Vielfalt an Traditionen auf, die noch in den 1950er Jahren in widerständigen Milieus existierte. Sie repräsentierte lediglich einen kleinen Ausschnitt der Gesellschaft. Ihr persönlicher Mut und ihre politische Beharrlichkeit gaben 1989 gleichwohl den Anstoß, dass die totalitär stillgelegte Gesellschaft sich artikulieren und eine Massenbewegung gegen die Herrschenden entstehen konnte, ihren Zielsetzungen und Ideen mochte eine breite Mehrheit der Bevölkerung aber nicht folgen.<sup>8</sup>

Die von ihr initiierten Demonstrationen richteten sich gegen die bisherige Politik der SED-Führung und standen unter dem Motto „Wir sind das Volk!“. Gegenüber den Menschen, die die DDR seit dem Sommer zu Tausenden verließen, artikulierten sie: „Wir bleiben hier!“ Im Juli hatten etwa 12 000 Menschen die DDR in Richtung Bundesrepublik verlassen, im August ca. 21 000, im September 33 000, im Oktober 57 000 und im November ca. 133 000 Menschen.<sup>9</sup> Die meisten Oppositionsgruppen hatten wenig oder keinen Kontakt zu den Fluchtwilligen, im Gegenteil: Sie kritisierten sie, weil diese nicht bereit waren, mit ihnen gemeinsam den Sozialismus zu reformieren, sondern lieber in den kapitalistischen Westen mit einer bürgerlichen Gesellschaft gehen wollten.

Im Oktober 1989 wurden die von kleinen Gruppen bürgerbewegter Aktivisten initiierten Demonstrationen zu Massendemonstrationen. Erst in Plauen, dann in Leipzig und Dresden demonstrierten mehrere 10 000 Personen, ohne dass die Sicherheitskräfte eingriffen. Nach dem 9. Oktober, an dem etwa 70 000 Menschen in Leipzig friedlich demonstrierten, breiteten sich die Proteste flächendeckend über das ganze Land aus. Die latent vorhandene Unzufriedenheit manifestierte sich nun in einem friedlichen Aufstand.

Nach dem Rücktritt von Erich Honecker am 18. Oktober 1989 versuchte die neue SED-Führung unter Egon Krenz und Günter Schabowski zu retten, was nicht mehr zu retten war: eine sozialistische DDR. Weder der Dialog mit den Oppositionellen noch mit der Bevölkerung brachte den Machthabern Beruhigung. Sie standen unter zunehmendem Druck.

Der eher zufällig zustande gekommene und vor allem unvorbereitete, von der Ost-Berliner Bevölkerung erzwungene Fall der Mauer am 9. November setzte die SED-Führung wie auch die Oppositionsgruppen gleichermaßen unter Zugzwang. Die Euphorie dieser Tage, die Vielfältigkeit der deutsch-deutschen Begegnungen sowie vor allem die weiter anhaltende Massenflucht und die gravierenden ökonomischen Probleme ließen einen Sog entstehen, der die Lösung der „deutschen Frage“ vordringlich machte. Eine mögliche rasche deutsche Vereinigung stieß zu diesem Zeitpunkt auf strikte Ablehnung bei der SED-Führung, und auch Sprecher der Opposition reagierten nach dem Mauerfall in dieser Frage zumeist zurückhaltend.

Der spätere SED/PDS-Vorsitzende Gregor Gysi lobte auf der Massendemonstration in Ost-Berlin am 4. November 1989 den neuen Parteiführer Egon Krenz, forderte Reformen in der DDR und der SED, sprach sich aber für eine weiterhin führende Rolle seiner

---

<sup>8</sup> Vgl. Martin Jander/Klaus Schroeder: Verspätete Liebe zu seltenen deutschen Helden, in: FAZ vom 19.8.1996.

<sup>9</sup> Vgl. Martin Jander/Klaus Schroeder: Zwei Bewegungen, keine Revolution, in: ZdF Nr. 4/1997, S. 47.

Partei aus.<sup>10</sup> Gut einen Monat später bekannte sich das langjährige SED-Mitglied, der Vorsitzende des Rechtsanwaltskollegiums Gysi zum Marxismus-Leninismus und forderte für die DDR einen „dritten Weg jenseits von stalinistischem Sozialismus und Herrschaft transnationaler Monopole“. Er sprach sich für die Sicherung des „Eigentums“ der Partei und die soziale Absicherung der Mitarbeiter von SED und MfS und gegen eine Auflösung der Partei aus, was eine Katastrophe wäre. Die Idee zur Schaffung eines neuen deutschen Einheitsstaates erklärte er für widersinnig. Im Vordergrund stand für ihn die „Bewahrung unserer Eigenständigkeit als Deutsche Demokratische Republik“.<sup>11</sup>

Die Delegierten wählten Gysi zum letzten Vorsitzenden der SED, die sich in SED/PDS umbenannte. Die Partei bestimmte Hans Modrow zum Ministerpräsidenten. In seiner kurzen Amtszeit gelang es ihm, einige Privilegien für die alten Eliten zu sichern (unter anderem die Möglichkeit zum Kauf von Immobilien zu Schnäppchenpreisen) und stasi-belastete Personen umzusetzen. Alle Beschäftigten durften unkontrolliert ihre Personalakte einsehen und säubern.<sup>12</sup> Außerdem konnte er die Opposition einbinden, indem er ihr mehrere Ministerposten ohne Geschäftsbereich in einer „Regierung der nationalen Verantwortung“ anbot. Die Oppositionellen nahmen an und verloren damit an Ansehen in weiten Teilen der Bevölkerung, was sich auch in ihrem schlechten Abschneiden bei der Volkskammerwahl 1990 niederschlug.

Eine breite Mehrheit der Bevölkerung wollte nicht nur die sozialistische Diktatur überwinden und das Machtmonopol der SED überwinden, sondern war auch für eine schnelle Wiedervereinigung. Die Demonstranten in Leipzig, Dresden, Cottbus und anderen DDR-Städten schwenkten im Rausch der Ereignisse um „Deutschland einig Vaterland“ oder „Wir sind ein Volk“ hießen ab Ende November 1989 die zentralen Parolen in Leipzig und anderswo. In der „nationalen Frage“ hatten sich SED und große Teile der Opposition nun gleichermaßen von den Massen isoliert.<sup>13</sup>

Anlässlich des Zusammentreffens von Helmut Kohl mit Hans Modrow in Dresden am 19. und 20. Dezember 1989 feierten zehntausende Dresdner den Bundeskanzler euphorisch. In seiner Rede charakterisierte Kohl die Vorgänge in der DDR als „friedliche Revolution“.<sup>14</sup> Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt versuchte er, die Ereignisse in der DDR auf einen auch geschichtspolitisch motivierten Begriff zu bringen.

Im Nachhinein erklärten sowohl Kohl als auch Modrow, ihnen sei an diesem Tag in Dresden der Wunsch vieler Ostdeutscher nach Wiedervereinigung deutlich geworden. Modrow machte den Ablauf der Kundgebung für den deutschlandpolitischen Kurswechsel des Bundeskanzlers verantwortlich. „Nach meinem Eindruck hat sich Kohl bereits nach dieser Kundgebung von seiner selbst verkündeten Politik des ‚Schritt- und Augenmaßes‘ verabschiedet und sich für eine Vereinigung im Eilmarsch entschieden.“<sup>15</sup>

---

10 Die Rede von Gregor Gysi ist zu hören und zu lesen unter: <https://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/4november1989/htmrede.html> (18.7.2019).

11 Das Referat von Gysi ist abgedruckt unter: [http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/sonderparteitag1989/view\\_html?zid=24830&bs=1&n=1](http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/sonderparteitag1989/view_html?zid=24830&bs=1&n=1) (18.7.2019).

12 Vgl. Klaus Schroeder: Der SED-Staat, S. 440 f.

13 Vgl. Wolfgang Schuller: Die deutsche Revolution 1989, Berlin 2009, S. 219 ff. und Ehrhart Neubert: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München/Zürich 2008, S. 217 ff.

14 Vgl. Bulletin 150-89 vom 22.12.1989: Rede des Bundeskanzlers auf der Kundgebung vor der Frauenkirche in Dresden.

15 Hans Modrow: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991, S. 100.

Helmut Kohl bezeichnete diesen Tag als „mein Schlüsselerlebnis auf dem Weg zur staatlichen Einheit“.<sup>16</sup> Bei einem anschließenden Umtrunk mit seinen Mitarbeitern im Hotel konstatierte er nach seiner Erinnerung: „Ich glaube, wir schaffen die Einheit. Das läuft. Ich glaube, das ist nicht mehr aufzuhalten, die Menschen wollen das. Dieses Regime ist definitiv am Ende.“<sup>17</sup>

Die kürzlich neu aufgeflammete Diskussion,<sup>18</sup> wer – Bevölkerung oder Bürgerbewegung – für das Ende der DDR ausschlaggebend war, geht am Kern vorbei, da beide Bewegungen ineinandergreifen. Die größte Oppositionsgruppe, die Flucht- und Ausreisebewegung, und die engagierten, aber zahlenmäßig begrenzten Dissidenten initiierten im Ergebnis gemeinsam eine Freiheitsrevolution und die breite Masse der Bevölkerung nach dem Fall der Mauer – eine auf die schnelle Wiedervereinigung zielende Revolution, von der sie sich nationale Einheit, Freiheit inklusive Reisefreiheit und schnellen Wohlstand erhofften.

Diese doppelte Revolution resultierte aus dem Niedergang und Zusammenbruch des SED-Staates, dessen Machtpotentiale versiegt waren. Die nach dem Sieg der bürgerlichen Kräfte bei der ersten und einzigen freien Volkskammerwahl eingeleiteten Veränderungen und die nachfolgende Wiedervereinigung führten zu einer revolutionären Umgestaltung der Verhältnisse, deren Richtung vielen „friedlichen Revolutionären“ aus der Bürgerbewegung nicht passte. In der Ablehnung dieses Weges saßen nun die Kommunisten, die über Jahrzehnte für eine sozialistische Diktatur verantwortlich zeichneten, und die sozialistischen Reformer, die die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik genauso ablehnten wie die in der DDR, im gleichen Boot. Bei den Volkskammerwahlen im März 1990 erhielten sie mit 16,4 Prozent (PDS) bzw. gut 5 Prozent (diverse ehemalige Oppositionsgruppen) die Quittung für ihre ablehnende Haltung zur (schnellen) Wiedervereinigung. Die Vereinigungsgegner im Westen, die Grünen, scheiterten bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 an der 5-Prozent-Hürde.

### *Der Weg zur Wiedervereinigung*

Die beiden Deutschlands bildeten nach 1945 gleichsam die Speerspitzen im jahrzehntelangen Kampf der Systeme. Als sich beide Staaten 1949 gründeten, waren die Weichen für unterschiedliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungen bereits gestellt. Das Modell Bundesrepublik fußte auf einer freiheitlichen Demokratie mit einer sozialen Marktwirtschaft, das ostdeutsche auf einer sozialistischen Ein-Parteien-Diktatur mit zentralistischer Planwirtschaft. Politiker beider Seiten waren überzeugt, das jeweils eigene System sei dem anderen überlegen und die Bevölkerung des anderen Teils würde, wie von einem Magneten angezogen, zum Konkurrenzmodell überlaufen. Die Magneten waren, wie im November 1989 deutlich werden sollte, Freiheit und Wohlstand.

Angesichts der schnellen Wiedervereinigung und der schon 1990 einsetzenden Finanztransfers ist die nicht nur auf dem Feld der Ökonomie katastrophale Schlussbilanz der DDR den meisten Betrachtern aus dem Sinn geraten. Der nüchterne Blick auf die Hinterlassenschaften der SED offenbart jedoch, was viele vor dem Fall der Mauer ahnten,

---

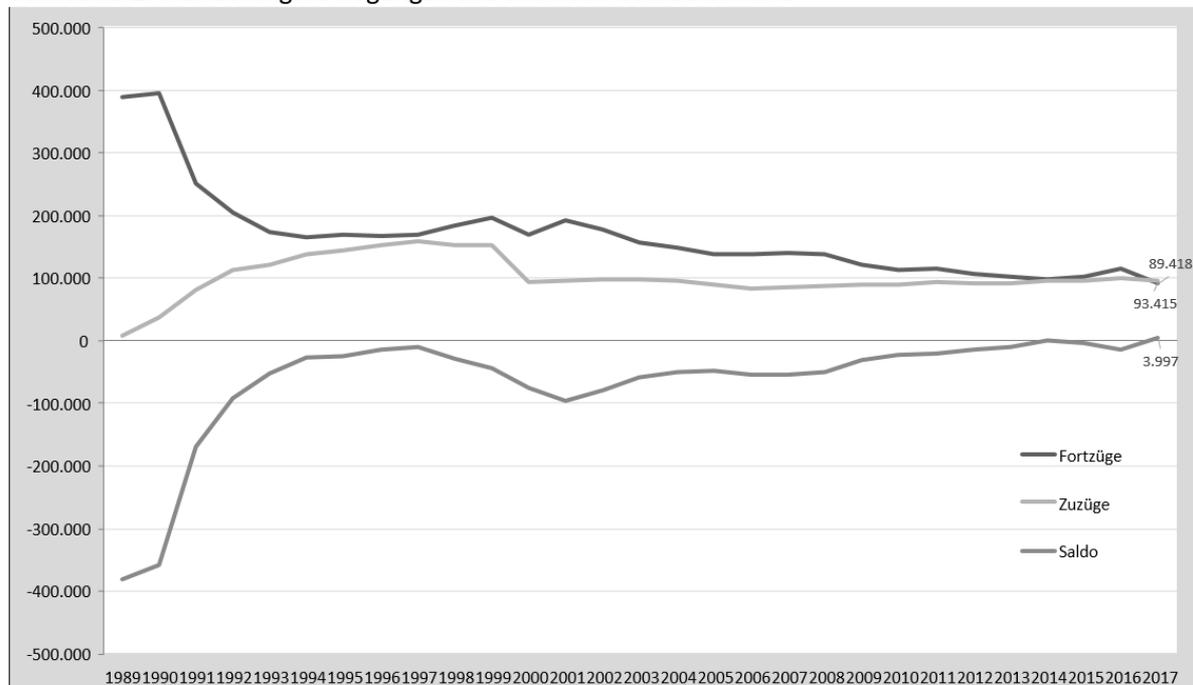
16 Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit.“ Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996, S. 213.

17 Ebd., S. 223.

18 Vgl. Detlef Pollack: Es war ein Aufstand der Normalbürger, in: FAZ vom 12.7.2019, Ilko-Sascha Kowalczyk: Eine Minderheit bahnte den Weg, in: FAZ vom 15.7.2019 sowie Detlef Pollack: Die verachtete Bevölkerung der DDR, in: FAZ vom 16.7.2019.

aber aufgrund fehlender Öffentlichkeit und rigider Geheimhaltungspolitik der Machthaber nicht konkretisieren konnten: Der SED-Staat lebte aus politisch-ideologischen Motiven weit über seine ökonomischen Verhältnisse, er zerstörte die Umwelt flächendeckend, ließ Innenstädte verfallen und spannte die Menschen in ein zentralistisch gelenktes Korsett von Vorgaben und Kollektiven ein. Dieses Erbe ging in das wiedervereinigte Deutschland ein und wirkt bis zum heutigen Tag nach.

**Schaubild 2:** Wanderungsbewegungen aus und nach Ostdeutschland



Binnenwanderung zwischen den neuen Ländern und Berlin-Ost und dem früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-West; ab 2000 ohne Berlin.  
Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch, Fachserie 1, Reihe 1.2, 2017.

Die schon im Sommer 1989 einsetzende Fluchtwelle nahm nach dem Fall der Mauer ungeahnte Ausmaße an. Allein in den Monaten von November 1989 bis Januar 1990 verließen knapp 200 000 DDR-Bürger ihr Land Richtung Westen. Angesichts dieser Lage unterbreitete Bundeskanzler Helmut Kohl Anfang Februar 1990 der DDR das Angebot für eine baldige Währungs- und Wirtschaftsunion. Sein Konzept zielte insbesondere auf drei Aspekte: die Eindämmung der Übersiedlung in den Westen, die Unterstützung der DDR-CDU im bevorstehenden Wahlkampf und die Festschreibung der deutschen Wiedervereinigung. Allein die Ankündigung konnte die Abwanderung tatsächlich eindämmen.

Den auf Druck der ostdeutschen Seite um eine Sozialunion erweiterten Staatsvertrag bezeichnete Kohl als ein „starkes Zeichen der Solidarität unter den Deutschen“. Die sowjetische Regierung dagegen sah in einer informellen Botschaft an die Bundesregierung darin „eine rechtliche Basis für die faktische Einverleibung der DDR“. Neben der schnellen Einführung der D-Mark in der DDR war insbesondere der gewählte Umtauschkurs von 1:1 für Löhne und Renten sowie für kleine Sparguthaben umstritten. Die Bundesbank favorisierte eine Umstellung 2:1 und ein stufenweises Vorgehen, um die Konvertibilität der DDR-Mark sukzessive zu erreichen. Die niedrige Produktivität müsse in einem entsprechend niedrigeren Lohn Ausdruck finden. Gegen dieses Argument sprach, dass ostdeutsche Durchschnittslöhne auf oder unter westdeutschem Sozialhilfeniveau zu einem erneuten Übersiedleranstieg geführt hätten. Die schnelle Einführung der D-Mark und der gewählte Umtauschkurs entsprachen zudem den Forderungen vieler Ostdeutscher, die zu Zehntausenden „Kommt die D-Mark bleiben wir, kommt sie

nicht geh'n wir zu ihr!“ und „Eins zu eins, oder wir werden niemals eins!“ auf Demonstrationen skandierten.

Die Weichen für diese politisch sinnvolle, aber ökonomisch widersinnige Politik hatte Helmut Kohl schon in einer Regierungserklärung Mitte Februar 1990 skizziert. „Über eines kann kein Zweifel bestehen: In einer politisch und wirtschaftlich normalen Situation wäre der Weg ein anderer gewesen, und zwar derjenige schrittweiser Reformen und Anpassungen mit der gemeinsamen Währung erst zu einem späteren Zeitpunkt. Vor diesem Hintergrund – ich sagte es – gibt es kritische Stimmen von Experten. Auch der Wirtschaftssachverständigenrat hat sich in dieser Weise geäußert. Wir nehmen die Argumente ernst. [...]“

Die krisenhafte Zuspitzung der Lage in der DDR macht mutige Antworten erforderlich. Politische und gesellschaftliche Umwälzungen haben zu einer dramatischen Verkürzung des Zeithorizontes geführt, so dass für – wie auch immer definierte und auch ökonomisch begründete – Stufenpläne aus meiner Sicht die Voraussetzungen entfallen sind. In einer solchen Situation geht es um mehr als um Ökonomie, so wichtig Ökonomie ist. Es geht jetzt darum, ein klares Signal der Hoffnung und Ermutigung für die Menschen in der DDR zu setzen. Deswegen und nur deswegen haben wir in dieser konkreten Situation die in der Tat historisch zu nennende Entscheidung getroffen, der DDR jetzt das Angebot einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zu machen – ein Angebot, für das es kein vergleichbares Beispiel gibt.

Für die Bundesrepublik Deutschland – das sage ich auch ganz bewusst an die Adresse der Kritiker in der DDR, von denen ja nicht wenige die Hauptverantwortung dafür tragen, dass die DDR in diese katastrophale Lage gekommen ist – bedeutet das, dass wir damit unseren stärksten wirtschaftlichen Aktivposten einbringen: die Deutsche Mark.

Wir beteiligen so die Landsleute in der DDR ganz unmittelbar und direkt an dem, was die Bürger der Bundesrepublik in jahrzehntelanger beharrlicher Arbeit aufgebaut und erreicht haben.“<sup>19</sup>

Kohls Signal, die soziale Problematik und nicht die wirtschaftlichen Aspekte in den Vordergrund zu stellen, bestimmte die nachfolgenden innenpolitischen und innerdeutschen Schritte bis zur Vereinigung.

### *Kaltstart*

Die Annahme der Bundesregierung, die DDR-Wirtschaft blühe nach einer kurzen, transfergestützten Phase auf und könne den Rückstand zur westdeutschen Wirtschaft in absehbarer Zeit aufholen, teilte der Unternehmensberater Roland Berger, der prognostizierte, die ostdeutsche Industrie würde in fünf Jahren bundesdeutsches Niveau erreichen.<sup>20</sup> Altbundeskanzler Helmut Schmidt orakelte, nach einigen turbulenten Jahren würde es steil nach oben gehen. Wenige Jahre später korrigierte er sich, nannte den paritätischen Währungsumtausch einen katastrophalen Fehler und attestierte Kohl, dieser hätte fast alles teils falsch, teils fehlerhaft, teils zu zaghaft und teils zu spät auf den Weg gebracht.<sup>21</sup>

Tatsächlich führten der gewählte konsumorientierte Vereinigungspfad und der Umtauschkurs zu einem massiven Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft, insbesondere der Industrie. Die Industrieproduktion, die sich schon im Herbst 1990 gegenüber

19 Zit. nach Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III/Bd. XVII a – 1990, Wolfenbüttel 1991, S. 115.

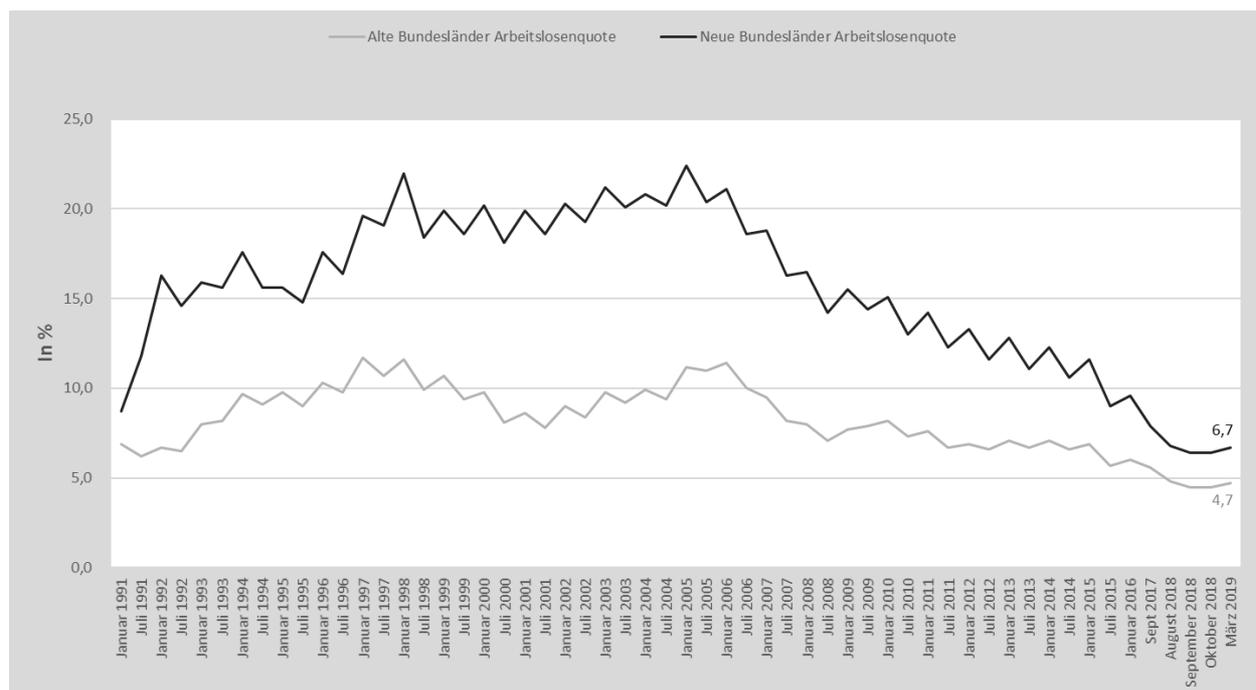
20 Vgl. Der Spiegel 26/1990, S. 25.

21 Vgl. Helmut Schmidt: Auf dem Weg zur deutschen Einheit, Reinbek 2005, S. 44 und 111.

1989 halbiert hatte, fiel bis April 1991 auf ihren tiefsten Stand, auf 30 Prozent des Ausgangsniveaus. Erst im zweiten Halbjahr 1991 zogen Industrieproduktion und Bruttoinlandsprodukt wieder an.

Entsprechend entwickelten sich die Arbeitslosenzahlen. Sie überschritten im zweiten Halbjahr 1991 die Millionengrenze; im ersten Halbjahr 1992 betrug die Arbeitslosenquote bereits knapp 16 Prozent. Hinzu kamen über eine Million Menschen in Qualifizierungsmaßnahmen und etwa 2,5 Millionen, die in den Vorruhestand geschickt wurden.<sup>22</sup>

**Schaubild 3:** Entwicklung der Arbeitslosenquote in den neuen und alten Bundesländern\*



\*Arbeitslosenquote bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen; aktuellster Wert März 2019.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf.

Dies verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass die ostdeutschen Betriebe der westlichen Konkurrenz über Nacht in voller Wucht ausgesetzt wurden. Der Verzicht auf eine eigenständige Währung machte es unmöglich, gravierende systembedingte Defizite der Unternehmen bei der Produktivität und Produktqualität durch eine entsprechende Abwertung zu kompensieren. Ostprodukte mussten nun mehr als dreifach verteuert mit Westprodukten konkurrieren. Außerdem waren Importgüter entsprechend verbilligt, was die ohnehin vorhandene Präferenz der ostdeutschen Nachfrage für Westprodukte verstärkte.

Für den zwar generell erwarteten, aber in diesem Ausmaß doch für unwahrscheinlich gehaltenen Einbruch der Wirtschaft gab es weitere Ursachen. Viele DDR-Betriebe hatten nur noch „Schrottwert“, schnell steigende Löhne drückten auf die Gewinne und damit auch auf die Investitionen. Die staatliche Subventions- und Steuerförderpolitik setzte Schwerpunkte in der Konsum- und Baunachfrage und vernachlässigte den industriellen Sektor.

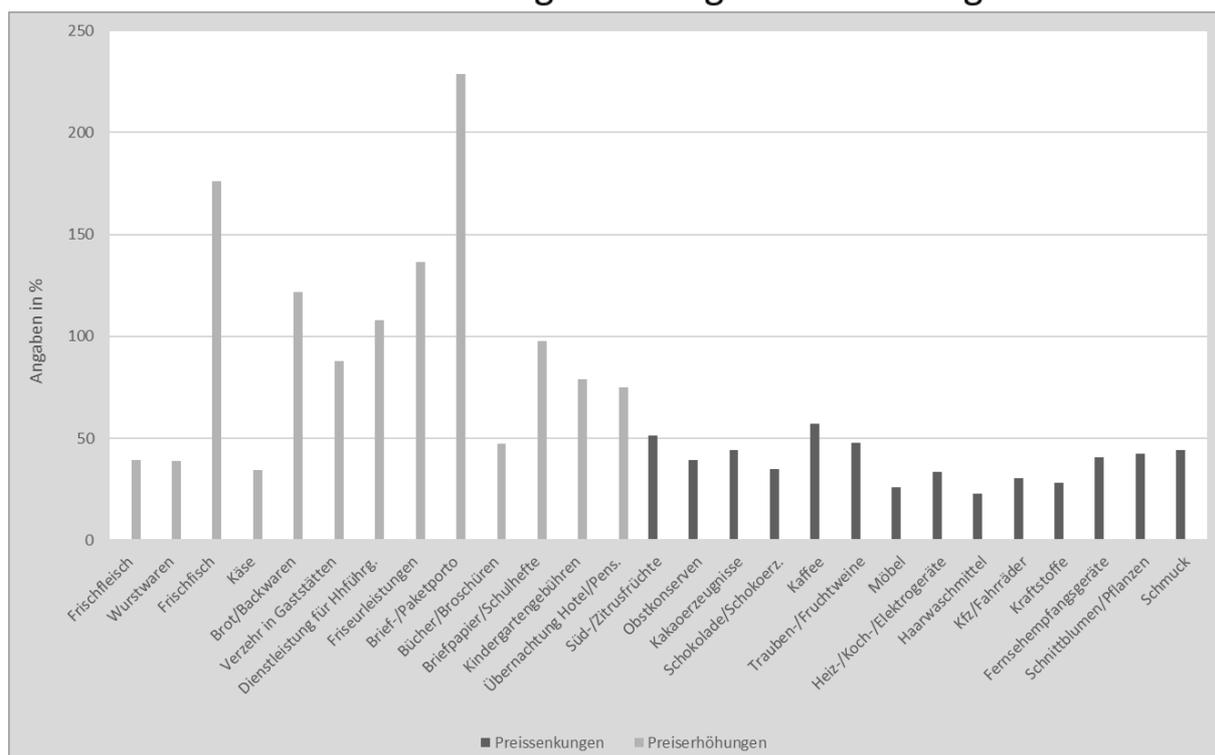
22 Walter Heering/Klaus Schroeder: Transformationsprozesse in ostdeutschen Unternehmen. Akteursbezogene Studien zur ökonomischen und sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern, Berlin 1995, S. 147 ff. sowie generell zu den Ausgangsbedingungen Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1991.

Anfang 1991 verschärfte der Einbruch des Exports in die RGW-Staaten die Talfahrt zusätzlich. Allerdings war diese Entwicklung weniger Folge der Währungsumstellung, wie Vereinigungskritiker unterstellen, als vielmehr Resultat des im Januar 1990 erfolgten Beschlusses der RGW-Staaten, alle wirtschaftlichen Transaktionen ab Januar 1991 nur noch in konvertibler Währung abzuwickeln. Dadurch brachen die RGW-internen Exporte zusammen.

Als besonders verhängnisvoll erwies sich der Lohndruck. Die von den Gewerkschaften erreichten exorbitanten Lohnsteigerungen verloren jeglichen Bezug zur Produktivität. Allein in den ersten fünfzehn Monaten nach der Währungsunion stiegen die Bruttoverdienste in der ostdeutschen Industrie um fast 50 Prozent. Da die Erzeugerpreise fielen, stiegen die realen Lohnkosten um gut 75 Prozent an. Die ostdeutschen Lohnstückkosten lagen dadurch über den westdeutschen.

Anders als bis zum heutigen Tag mit Verweis auf steigende Mieten argumentiert wird, sanken die Preise für die meisten privaten Haushalte unmittelbar nach der Vereinigung leicht. Der Preisindex für die Lebenshaltung in Ostdeutschland ging von Juni 1990 bis September 1990 von 100 auf 96,6 zurück, wobei einige Bereiche (Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und Gesundheits- und Körperpflegemittel) Preissteigerungen verzeichneten, sich andere, vor allem technische Geräte und Möbel, jedoch im Preis reduzierten.

#### Schaubild 4: Preisveränderungen im Zuge der Währungsunion



Quelle: Sozialreport 1992.

In der Anfangsphase des Transformationsprozesses fehlte insbesondere der unternehmerische Mittelstand. Die SED hatte mit ihren Verstaatlichungen – letztmals in großem Umfang 1972 – viele Unternehmer vertrieben, die auch nach dem Fall der Mauer nicht in den Osten zurückkehrten. Nach Schätzungen verlegten seit 1945 mehr als 350 000 Unternehmen, von denen ca. 270 000 überlebt haben sollen, ihren Firmensitz in den

Westen.<sup>23</sup> Der Anteil der Privatwirtschaft am Nettoprodukt lag kurz vor dem Ende des SED-Staates bei knapp 3 Prozent, der der hier Beschäftigten bei etwa 4 Prozent.<sup>24</sup>

Der unmittelbar nach dem Mauerfall einsetzende Gründerboom in den neuen Ländern zeigte zwar den Willen vieler Ostdeutscher, sich durch Selbstständigkeit unabhängig zu machen und jahrzehntelang unterdrückte innovative Potentiale freizusetzen, vielen fehlte anfangs jedoch das Knowhow, ein tragfähiges Unternehmen längerfristig zu etablieren. Inzwischen bildete sich eine neue Unternehmerschicht heraus, die in kleinen und mittleren Betrieben die Mehrzahl der Arbeitnehmer beschäftigt. Der Anteil der Selbstständigen an der erwerbstätigen Bevölkerung erreicht seit einigen Jahren westdeutsches Niveau.<sup>25</sup>

Ein Masterplan zur Transformation der Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft existierte nicht. Heerscharen von zumeist linken Intellektuellen hatten sich in den Jahrzehnten zuvor geradezu den Kopf zerbrochen, wie der (Spät-)Kapitalismus überwunden und der Sozialismus etabliert werden könne. Ein prominenter Politikwissenschaftler hielt Mitte der 1970er Jahre den Realsozialismus in vielen Ländern als „heute hinreichend legitimiert durch die Zustimmung der Mehrheit und durch objektive Erfolge“ und erklärte, der Westen inklusive der Bundesrepublik könne sich nur noch positiv weiterentwickeln, wenn er geistige Anleihen beim realen Sozialismus nähme.

„So lässt sich nicht leugnen, dass sozialistische Systeme auch nach bürokratischen Degenerationserscheinungen immer wieder Perspektiven für die Innovation und Fortentwicklung des Systems entwickelten. Gewiss, auch bürgerliche Demokratien wiesen gelegentlich Innovationskräfte auf, die ihnen viele nicht mehr zutrauten, aber um den Preis der geistigen Anleihen beim Sozialismus (Sozialstaatlichkeit, Basisdemokratisierung, Systemplanung usw.).“<sup>26</sup>

### *Die Treuhand*

Nach dem Mauerfall folgte gleichsam ein Sprung ins kalte Wasser. Die schon von der Modrow-Regierung eingesetzte Treuhandanstalt sollte solide und sanierungsfähige Betriebe in die Marktwirtschaft überführen, das heißt privatisieren. Diese Aufgabe löste sie besser, als Kritiker bis zum heutigen Tag behaupten. Sie schuf einen überlebensfähigen industriellen Kern, der auf niedrigem Niveau einen Aufschwung einleiten konnte.<sup>27</sup> Daran ändern auch einige skandalöse Transaktionen nichts, von denen vor allem westdeutsche Banken profitierten. Sie übernahmen zu „Schnäppchenpreisen“ ostdeutsche Institute und erhielten garantierte Zinsen. Der Bundesrechnungshof bewertete die Vorgänge beim Abwickeln des DDR-Bankensystems als Verschleuderung öffentlicher Mittel in Milliardenhöhe.<sup>28</sup> Für ostdeutsche Betriebe verschlechterte sich durch die mit hohen Zinslasten versehenen Altschulden der Start in die Marktwirtschaft. Generell hätte

---

23 Vgl. Herrmann Golle: Das „Knowhow, das aus dem Osten kam“. Wie das westdeutsche Wirtschaftswunder von der SED-Politik profitierte, Hohenheim 2002, S. 227.

24 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1986, S. 99. In den nachfolgenden Jahren erfasste (oder veröffentlichte) die DDR diese Daten nicht mehr.

25 Zum Gründerboom in den neuen Ländern vgl. Klaus Schroeder: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, München 2006, S. 261 ff.

26 Klaus von Beyme: Ökonomie und Politik im Sozialismus, München/Zürich 1975, S. 320 und 348.

27 Zur heutigen Situation der ostdeutschen Industrie vgl. Reint E. Gropp/Gerhard Heimpold: Ostdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall, in: Wirtschaftsdienst 7/2019, S. 471 ff.

28 Vgl. Der Spiegel Nr. 43/1995, S. 126 f. sowie Sebastian Gerhardt: Die Währungsunion und die Entstehung der Treuhand-Anstalt – Anmerkungen zur politischen Ökonomie des neuen Deutschlands, in: Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR, Berlin 2004, S. 472 ff.

schneller privatisiert werden müssen, was aufgrund des politischen Drucks auf die Treuhand offenbar nicht möglich war.

Anfänglich bestand die überwiegende Mehrzahl der Mitarbeiter der Treuhandanstalt aus Ostdeutschen. Unterhalb der direkten Führungsebene arbeiteten viele frühere Nomenklaturkader der SED, ehemalige Mitarbeiter von Ministerien und der Planungsbürokratie, die für die Arbeit der Treuhand unverzichtbar waren, da sie die Stärken und Schwächen der Betriebe gut kannten. Selbstverständlich erwuchs hieraus aber auch die Gefahr, dass diese Angehörigen der alten DDR-Funktionselite mit den alten Betriebsleitungen und neu hinzugekommenen westdeutschen Kaufinteressenten zu Lasten des Staates bzw. der Treuhand und der in den Betrieben Beschäftigten „Geschäfte“ vereinbarten.

Die während der Treuhandarbeit entstandenen Schäden durch dubiose Geschäfte und kriminelle Machenschaften waren insofern das Werk alter und neu entstandener, zu meist „gesamtdeutscher“ Seilschaften. Die Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin leitete im Bereich der vereinigungsbedingten Wirtschaftskriminalität etwa 1 300 Ermittlungsverfahren ein, die bis September 1999 zu 180 Anklagen und 128 rechtskräftigen Verurteilungen führten. Damit dürfte freilich nur ein geringer Teil der tatsächlichen Vergehen rechtlich sanktioniert worden sein. Nach Schätzungen belief sich der Schaden durch vereinigungsbedingte Wirtschaftskriminalität auf einen hohen Milliardenbetrag, von dem nur ein Teil sichergestellt werden konnte.<sup>29</sup>

Recht bald zeigte sich, dass das ursprüngliche Ziel, durch die Privatisierung etwa 350 Milliarden D-Mark zu erzielen, völlig unrealistisch war. Der erschreckend desolatte Zustand der meisten Betriebe verhinderte eine positive Privatisierungsbilanz. 1990 bewertete eine noch von Hans Modrow eingesetzte Expertenkommission 40 Prozent der DDR-Unternehmen als rentabel, 30 Prozent als sanierungsbedürftig und die restlichen 30 Prozent als nicht sanierungsfähig.<sup>30</sup>

Als die Treuhandanstalt Ende 1994 ihre Arbeit beendete, hatte sie von den in ihrem Portfolio befindlichen 12 354 Unternehmen 6 546 (53 Prozent) privatisiert, 1 588 (13 Prozent) reprivatisiert, 310 (2,5 Prozent) kommunalisiert und 3 718 (30 Prozent) liquidiert. Zusammen mit den Privatisierungen bzw. Reprivatisierungen von Gaststätten, Hotels, Ladengeschäften etc. sowie land- und forstwirtschaftlichen Flächen erbrachten die Unternehmensprivatisierungen zugesagte Erlöse von 66,6 Milliarden D-Mark, Investitionszusagen von 211,1 Milliarden D-Mark und 1,5 Millionen vertraglich garantierte Arbeitsplätze.<sup>31</sup> Damit blieben nur 60 Prozent der ursprünglich 4 Millionen Arbeitsplätze nach Abschluss der Privatisierung übrig.

In der Abschlussstatistik standen den Einnahmen in Höhe von knapp 40 Milliarden D-Mark Ausgaben von etwa 166 Milliarden D-Mark gegenüber. Zusätzlich zu der Finanzierung dieses Defizits in Höhe von 126 D-Mark übernahm die Treuhandanstalt für die Altkreditenschuldung knapp 73 Milliarden D-Mark und für sonstige Aufgaben etwa 5 Milliarden D-Mark. Sie hinterließ ein Gesamtdefizit von 204 Milliarden D-Mark, dessen Refinanzierung durch Anleihen, Obligationen etc. erfolgte. Die Treuhandanstalt erzielte also nicht wie erhofft einen Überschuss, sondern hinterließ ein enormes Defizit.

---

29 Vgl. Uwe Müller/Grit Hartmann: Vorwärts und vergessen! Kader, Spitzel und Komplizen: Das gefährliche Erbe der SED-Diktatur, Berlin 2009.

30 Vgl. Dieter Grosser: Treuhand-Anstalt, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003, S. 928.

31 Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (Hrsg.): „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen“. Ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhand-Anstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003.

Damit leistete sie Starthilfe für eine nach Weltmarktmaßstäben daniederliegende und jetzt modernisierte, ehemals sozialistische Wirtschaft.<sup>32</sup>

Aus Sicht der Bundesregierung war die Treuhand eine strategische Meisterleistung, da sie eine Schutzfunktion für sie ausübte und einen Legitimationsbruch seitens der Bevölkerung zwar nicht gänzlich verhinderte, jedoch abschwächte.<sup>33</sup> Vor allem aber war diese Institution Blitzableiter für die Wut vieler Ostdeutscher angesichts der mit hoher Arbeitslosigkeit verbundenen strukturellen wirtschaftlichen Umbrüche. Im Nachhinein hat sie für viele Ostdeutsche noch eine andere Funktion: Sie machen sie und nicht die zentralistische Planwirtschaft für den wirtschaftlichen Niedergang Ostdeutschlands verantwortlich. So lebt(e) bei vielen Ostdeutschen die Illusion fort, die DDR sei eine trotz einiger Mängel fortgeschrittene Industriegesellschaft mit leistungsfähigen Betrieben gewesen.<sup>34</sup>

### *Der wirtschaftliche Angleichungsprozess*

29 Jahre später liegt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Osten bei etwa 75 Prozent des westdeutschen Niveaus, die Produktivität pro Arbeitsstück bei rund 80 Prozent. Das ist zwar ein deutlicher Anstieg, der aber die (zu) hoch gesteckten Erwartungen nicht erfüllt. Schon seit geraumer Zeit stockt der Angleichungsprozess, die Wachstumsraten der Wirtschaft verlaufen parallel. Ostdeutschland holt schon seit Ende der 1990er Jahre kaum noch auf. Allerdings entwickelten sich auch die ostdeutschen Regionen auseinander. Prosperierende Regionen erreichen inzwischen das untere westdeutsche Niveau, schwächere fallen weiter zurück. Dennoch fallen weiterhin die regionalen Differenzen deutlich niedriger aus als im Westen. Der ärmste ostdeutsche Landkreis erreicht beim durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen etwa 85 Prozent des reichsten, in Westdeutschland sind es nur 69 Prozent, das heißt die Wohlstandsschere klafft im Westen deutlich stärker auseinander als im Osten. Die ärmsten Landkreise und kreisfreien Städte liegen mit Gelsenkirchen und Duisburg inzwischen in Nordrhein-Westfalen im Ruhrgebiet. An der Spitze des Wohlstandes liegen freilich weiterhin westdeutsche Landkreise und Städte.

Durch den von der Bundesregierung eingeschlagenen sozialen und konsumorientierten Vereinigungspfad, der zwangsläufig gewaltige finanzielle Transfers von West nach Ost voraussetzte, vollzogen sich unmittelbar nach der Vereinigung materielle und soziale Angleichungsprozesse in atemberaubender Geschwindigkeit, denen es aber am wirtschaftlichen Fundament mangelte. Schon Mitte der 1990er Jahre lebten etwa drei Viertel der Deutschen in Ost und West unter fast gleichen materiellen Bedingungen. Danach verlangsamte sich die materielle Annäherung der Haushalte, um nach der Jahrtausendwende zu stagnieren.

---

32 Vgl. Karl-Heinz Paqué: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit, München 2009, S. 70. Vgl. auch das Interview mit der Chefin der Treuhandanstalt, Birgit Breuel, in: FAZ vom 23.7.2019.

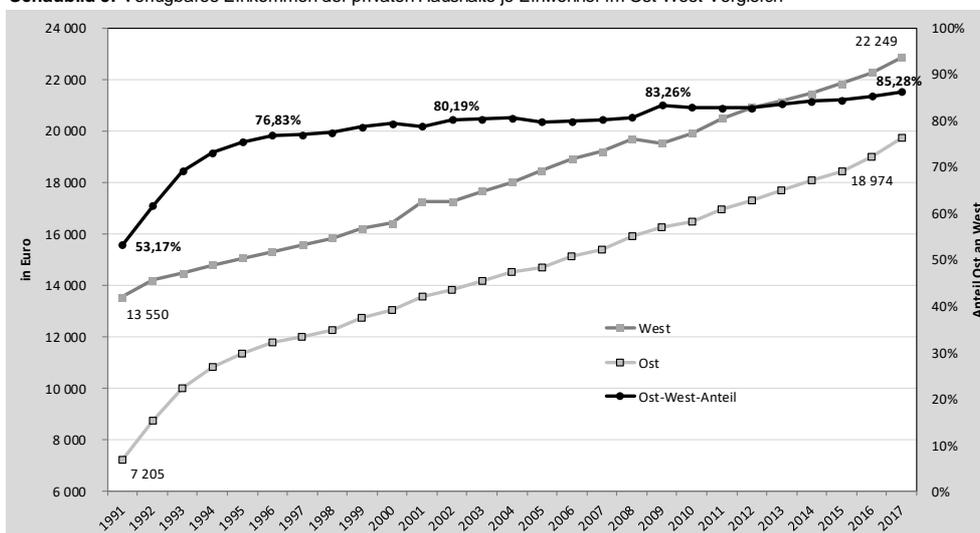
33 Vgl. Wolfgang Seibel: Verwaltete Illusion. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000, Frankfurt/New York 2005.

34 Zu verschiedenen und unterschiedlichen Sichtweisen auf die Treuhandanstalt vgl. neuerdings Marcus Böick: Die Treuhand: Idee-Praxis-Erfahrung 1990–1994, Göttingen 2018.

Tabelle 1: Ärmster/Reichster Landkreis oder kreisfreie Stadt je Bundesland*								
2016								
			Betrag		Betrag	Differenz	Anteil am	Ø Anteil am
		„Ärmster“	in €	„Reichster“	in €	in €	„Reichsten“	„Reichsten“
West	BaWü	Mannheim, KfS	20.592	Heilbronn, SK	32.366	11.774	63,62 %	69,02 %
	Bayern	Augsburg, KfS	19.203	Starnberg, LK	34.987	15.784	54,89 %	
	Bremen	Bremerhaven, KfS	17.741	Bremen, KfS	21.327	3.586	83,19 %	
	Hessen	Offenbach/Main, KfS	17.687	Hochtaunuskreis	31.612	13.925	55,95 %	
	Niedersachsen	Wilhelmshaven, KfS	18.047	Harburg, LK	24.798	6.751	72,78 %	
	NRW	Gelsenkirchen, KfS	16.203	Olpe, K	27.123	10.920	59,74 %	
	RLP	Kaiserslautern, KfS	18.796	Bad Dürkheim, LK	25.615	6.819	73,38 %	
	Saarland	Merzig-Wader, LK	19.067	Saarpfalz-Kreis	22.783	3.716	83,69 %	
	SH	Flensburg, KfS	18.481	Stormarn, K	25.006	6.525	73,91 %	
Ost	Brandenb.	Frankfurt/Oder, KfS	17.381	Potsdam-Mittelmark, LK	21.746	4.365	79,93 %	85,89 %
	MeckPom	Vorpommern-Greifswald, L	17.303	LK Rostock	19.236	1.933	89,95 %	
	Sachsen	Leipzig, KfS	17.770	Leipzig, LK	20.438	2.668	86,95 %	
	Sa-Anhalt	Halle/Saale, KfS	17.218	Börde, LK	19.778	2.560	87,06 %	
	Thüringen	Kyffhäuserkreis	17.708	Suhl, KfS	20.698	2.990	85,55 %	
Ost an West							84,03 %	

\* Für Berlin und Hamburg nicht vorhanden. Verfügbares Einkommen je Einwohner.  
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder/Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Schaubild 5: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner im Ost-West-Vergleich



Ost und West jeweils ohne Berlin  
Quelle: VGR der Länder.

Unter Berücksichtigung fortbestehender regionaler Kaufkraftunterschiede erreichen die ostdeutschen Haushaltseinkommen inzwischen im Durchschnitt knapp 94 Prozent des Westniveaus.<sup>35</sup> Noch bestehende und nur langfristig abschmelzende Unterschiede existieren insbesondere in der Verteilung des Vermögens und der hieraus resultierenden Einkommen. Aber selbst auf diesem Feld lässt sich eine erstaunliche relative Verbesserung für ostdeutsche Haushalte konstatieren: Ihre durchschnittlichen Geldvermögen stiegen in den vergangenen 29 Jahren von etwa einem Fünftel auf über 60 Prozent des westdeutschen Niveaus.<sup>36</sup> Werden die kapitalisierten Besitzansprüche an die gesetzlichen Rentenversicherungen einbezogen, erreichen Ostdeutsche je nach Alter und Geschlecht sogar etwa 70 Prozent bis 80 Prozent des westdeutschen Niveaus.<sup>37</sup> Größer geworden ist der Unterschied bei den Immobilienvermögen, deren Wert im Westen in den letzten Jahren deutlicher als im Osten gestiegen ist.

Die eigentliche Dimension der Wohlstandsentwicklung nach 1990 macht erst die historische Perspektive deutlich. Die ostdeutschen Haushalte starteten nach dem Mauerfall kaufkraftbereinigt in etwa auf einem Niveau, das ein durchschnittlicher westdeutscher Haushalt Mitte der 1950er Jahre erreicht hatte. Mitte der 1990er Jahre waren sie ungefähr im westlichen Wohlstand Ende der 1980er Jahre angelangt. Also vollzog sich in kurzer Zeit ein Wohlstandssprung von über dreißig Jahren; seither ist der Angleichungsprozess aber weitgehend entschleunigt.

### *Der Preis der Einheit*

Die Transformation einer zentral geleiteten Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft konnte sich nicht an historischen Vorbildern orientieren und musste daher aus dem Stand erfolgen. Als naiv entpuppte sich schon bald die Vorstellung, allein die Übertragung von Institutionen und Ordnungsprinzipien könnte marktwirtschaftliches Verhalten hervorbringen, denn dabei blieben die Mentalität der Akteure, ihre Erfahrungen und Erwartungen unberücksichtigt.

Schon 1990 überwies die Bundesrepublik mindestens 60 Milliarden D-Mark in die DDR und die neuen Länder, damit Löhne und Renten bezahlt werden konnten. In den Jahren danach stiegen die Bruttotransferzahlungen deutlich an, erreichten zur Jahrtausendwende die Grenze von jährlich 100 Milliarden Euro und liegen derzeit bei etwa 80 Milliarden Euro. Nach Schätzungen flossen zwischen 1990 und Ende 2018 etwa 2,0 bis 2,5 Billionen Euro in die neuen Länder.<sup>38</sup> Neben Sonderzahlungen zum sogenannten Aufbau Ost, die etwa 300 Milliarden Euro ausmachen, resultieren die Transfers vor allem aus dem Länderfinanzausgleich und den Ausgleichsmechanismen der sozialen Sicherungssysteme. Die gesetzlichen Regelungen gelten aber, was oft nicht erwähnt wird, für Gesamt-Deutschland, das heißt auch westliche Länder wie beispielsweise Bremen und das Saarland, profitieren in hohem Maße davon.

In den sozialen Sektor dürften etwa 60 Prozent der Transfers geflossen sein. Wieviel wann wohin transferiert wurde, errechneten die verschiedenen Bundesregierungen nach

---

35 Vgl. das IW-Gutachten „Teilhabemonitor 2019“ und Spiegel online vom 21.8.2019: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/armut-und-kaufkraft-wo-die-meisten-armen-deutschen-leben-a-1282716.html> (22.8.2019).

36 Deutsche Bundesbank. Monatsbericht April 2019: <https://www.bundesbank.de/resource/blob/794130/ed4942b241825cda68950d3ec30bc171/mL/2019-04-vermoegensbefragung-data.pdf> (23.7.2019).

37 Vgl. Klaus Schroeder: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, München 2006, S. 287.

38 Vgl. Klaus Schroeder: Angleichung und Distanz – Deutschland 25 Jahre nach der Wiedervereinigung, in: Wirtschaftsdienst Heft 6, Juni 2015, S. 388 ff.

1999 nicht mehr. Die tatsächlichen Kosten der Einheit sollten verschleiert werden – vermutlich, um eine Neiddebatte zu verhindern. Die Sozialtransfers werden sich in den nächsten Jahren wahrscheinlich wieder erhöhen, da die Bevölkerung in den neuen Ländern einen höheren Altersdurchschnitt aufweist und damit die Zahl der Rentner relativ stärker als im Westen ansteigen wird.

Die enormen Transfersummen kommen jedoch, was ebenfalls oft übersehen wird, nicht nur Ostdeutschen zugute; ein Großteil fließt in die westdeutsche Wirtschaft und ins Ausland, zum Beispiel durch Reisen und Importgüter. Aus Sicht hoch verschuldeter und von Arbeitslosigkeit geplagter westdeutscher Regionen bevorzugen die Transfers und Sonderzahlungen auch ostdeutsche Regionen, denen es eigentlich besser geht als denen dieser westdeutschen Solidaritätszahler. Insofern ist es schon seit Jahren überfällig, strukturschwache Regionen überall gezielt zu fördern – nicht nur im Osten. Es zeichnet sich ab, dass im Kontext der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse die Strukturförderung unabhängig von der Region erfolgen wird.<sup>39</sup>

Die West-Ost-Transfers werden vor allem über die Sozialbeiträge, Steuern inklusive des Solidaritätszuschlages sowie durch Verschuldung finanziert. Die Hauptfinanziers der deutschen Einheit sind vor allem sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, die monatlich zwischen 3 500 und 6 000 Euro brutto verdienen. Skandalös ist, dass andere soziale Gruppen wie Beamte und Selbstständige, die nicht sozialbeitragspflichtig sind, von den Transfers nur unterdurchschnittlich betroffen sind. Die Bevorzugung von Beamten durch die Politik setzt sich auch auf diesem Feld fort.

#### *Der soziale und politische Differenzierungsprozess*

Die Ostdeutschen mussten sich quasi über Nacht in einem Gesellschaftssystem zurechtfinden, das konträr zu ihrem gewohnten stand. Sofort begann ein Anpassungsprozess, der nicht ohne Brüche und Reibungsverluste verlaufen konnte. Die nach der Vereinigung erforderlichen Werte und Normen hatten viele nicht erlernen können. Es mangelte an unabhängigem Geist, Selbstbewusstsein, angemessenem Umgang mit Freiheit sowie Verantwortung gleichermaßen für sich selbst und für das Gemeinwesen. So kann es nicht verwundern, wenn diese Dimensionen einer zivilen Gesellschaft nach der Wiedervereinigung in vielen Regionen ein nur zartes Pflänzchen darstellten. Das hat sich in den letzten knapp drei Jahrzehnen zwar verändert, aber immer noch gibt es ostdeutsche Regionen, in denen zivilgesellschaftliches Engagement kaum vorhanden ist. Geblieben ist indes das Misstrauen gegenüber den Eliten, die in vielen Bereichen aus dem Westen kamen.

Die sozialen Differenzierungsmechanismen wandelten sich in den neuen Ländern grundlegend. Dort entstand nach der Wiedervereinigung eine nach anderen Kriterien als zuvor materiell und sozial ausdifferenzierte Gesellschaft, die ungleicher und vielfältiger und damit der westdeutschen ähnlicher geworden ist. Aber es finden sich in ihr nach wie vor Überbleibsel alter Verhältnisse, die sich zum Teil in das neue System einfügen, ihm zum Teil aber auch bis heute fremd bleiben.

Trotz der lebensgeschichtlichen Umbrüche, die die meisten Menschen nach der Transformation betrafen, änderten sich die sozialen Hierarchien zumindest bei älteren Generationen nur wenig. Die in der DDR privilegierten Beschäftigtengruppen konnten, sei es als Arbeitnehmer, Selbstständige oder als Rentner, auch nach der Vereinigung ihre Vorrangstellung behaupten, wie lebensbiographische Studien zeigen. Sie wurden seltener

---

39 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsgg.): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall, Berlin 2019.

arbeitslos und waren weniger von sozialem Abstieg bedroht.<sup>40</sup> Durch die Währungsumstellung und die Sozialunion sicherten sie sich zudem ihre schon zu DDR-Zeiten vorhandenen überdurchschnittlichen Vermögen und vergleichsweise hohen Renten. Dies gilt auch für Personen, die an vorderster Front für die Aufrechterhaltung der sozialistischen Diktatur und die Unterdrückungsapparate verantwortlich zeichneten.

Wie ungleich die Einkommen und vor allem die Geldvermögen in der DDR verteilt waren, erfuhr die Bevölkerung erst im Nachhinein: Etwa 10 Prozent der Konteninhaber besaßen rund 60 Prozent des Geldvermögens.<sup>41</sup> Die Vermögensungleichheit in der DDR entsprach insofern der in der (alten) Bundesrepublik und im vereinten Deutschland. Warum sich systemübergreifend eine in etwa gleiche Vermögensungleichheit entwickelte, ist bisher nicht erforscht worden.

Vieles hat sich inzwischen angeglichen, aber einiges bleibt unterschiedlich. Die Erwerbs- und Einkommenskonstellationen beispielsweise unterscheiden sich 29 Jahre nach der Einheit immer noch voneinander. Dem immer noch weitgehend männlich geprägten Familiernährermodell im Westen steht das familiäre Zwei-Verdiener-Modell im Osten gegenüber. In der DDR war das Zwei-Verdiener-Modell mit zumeist zwei Vollzeit erwerbstätigen Partnern politisch gewünscht und zum Teil erzwungen und finanziell für die meisten Familien zur Sicherung eines gewissen Wohlstands auch notwendig. In mehr als jedem dritten ostdeutschen Haushalt war die Frau die Haupteinkommensbezieherin, in Westdeutschland nur in etwa jedem vierten Haushalt.

Die klassische männliche Ernährerfamilie existiert aktuell zwar auch im Westen nur bei einer kleinen Minderheit, liegt aber weiterhin höher als im Osten (West: 20 Prozent, Ost: 10 Prozent). Unterschiedlich fallen auch die Anteile von gemeinsam vollzeitbeschäftigten Partnern aus. In den neuen Ländern ist dies bei über 40 Prozent der Partnerschaften der Fall, im Westen bei nicht einmal 30 Prozent.

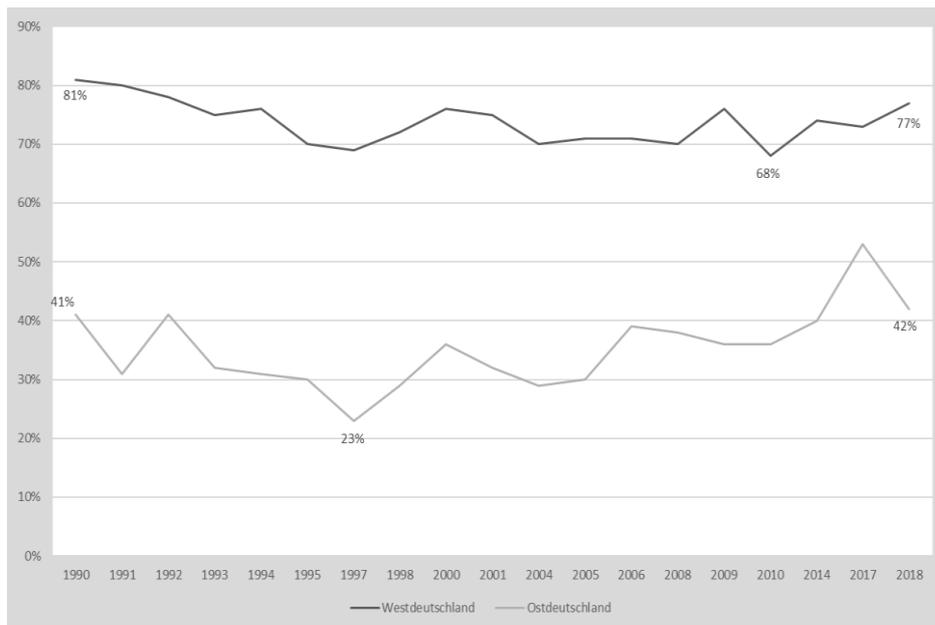
Der anfängliche breite politische und mentale Graben hat sich bis zum heutigen Tag gehalten, ist in den letzten Jahren sogar wieder angestiegen. Wir sehen Differenzen im Wahlverhalten, im politischen und ehrenamtlichen Engagement sowie in den Einstellungen zu Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Auf diesen Feldern ist in den vergangenen 29 Jahren nur mühsam etwas zusammengewachsen. Zwar veränderten sich seit 1990 Einstellungen in die eine oder andere Richtung und näherten sich manchmal sogar an, aber der Graben existiert weiterhin.

Die neuen Institutionen sind vielen Ostdeutschen fremd geblieben. Die Ernüchterung über die Realität führte nicht nur bei Ewiggestrigen zu einer Renaissance sozialistischen Gedankenguts, wonach die kapitalistische Bundesrepublik von sozialer Kälte beherrscht werde, auch Normalbürger sahen sich als vom Westen bzw. vom Kapitalismus unterdrückt und ausgebeutet. Auf die im Frühjahr 2019 von Allensbach gestellte Frage, ob die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik realiter „sozial“ sei, antworteten 64 Prozent der Ostdeutschen mit nein (West: 43 Prozent). Die praktizierte Demokratie in Deutschland hält im Osten nur eine Minderheit (42 Prozent) für die beste Staatsform (West: 77 Prozent).

---

40 Vgl. Martin Diewald/Karl-Ulrich Meier (Hrsg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Soziale Mobilität im Transformationsprozess, Opladen 1996 sowie Heike Solgar/Martin Diewald/Anne Godecke: Ostdeutsche Erwerbsverläufe nach 1989: Die Verwertbarkeit individueller Handlungsressourcen, Vortragsmanuskript, Berlin 1999.

41 Zur (ungleichen) Verteilung von Einkommen und Vermögen vgl. Klaus Schroeder: Der SED-Staat, S. 702 ff.



**Schaubild 6:** Demokratiezufriedenheit in Ost- und Westdeutschland\*

\*Frage: „Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?“

Antwort: „Demokratie ist die beste Staatsform.“

Datenquelle: Institut für Demoskopie Allensbach, FAZ vom 23.01.2019

Ostdeutsche sind empfänglicher für links- und rechts-populistische Parteien. Diese erzielen nicht nur bei Landtagswahlen, sondern auch bei der Bundestagswahl deutlich bessere Ergebnisse als im Westen. Bei der letzten Wahl im Herbst 2017 erhielten die populistische Parteien – Linkspartei und AfD – zusammen knapp 40 Prozent der Stimmen gegenüber 18 Prozent im Westen.

In ihren Wahlmotiven und Erwartungen an die von ihnen bevorzugten Parteien liegen Ostdeutsche viel dichter zusammen als die Bewohner der alten Länder, wobei Wertorientierungen zum Teil noch deutlich von den Erfahrungen im realen Sozialismus geprägt sind. In vielerlei Hinsicht haben Ostdeutsche mit ihren Landsleuten, selbst wenn diese für eine andere Partei votieren, immer noch mehr gemeinsam als mit vielen westdeutschen Wählern der gleichen Partei. Außerdem ähneln sich die Parteien in ihren speziell auf Ostdeutschland zugeschnittenen Vorstellungen stärker als im Westen, wo Wahlkämpfe deutlich polarisierter geführt werden.

Die AfD hat inzwischen die Linkspartei als stärkste regierungskritische und in großen Teilen antiwestliche Kraft abgelöst. Bei den Europawahlen in diesem Jahr holte sie in Sachsen und Brandenburg die meisten Stimmen; in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt war sie zweitstärkste Kraft. Die AfD hat es geschickt vermocht, den weit verbreiteten Unmut gegenüber einer unregelmäßig und unkontrollierten Zuwanderung für sich zu nutzen. Dazu beigetragen haben sicherlich auch westdeutsche Medien, die Ostdeutsche pauschal in die rechte Ecke schieben und zu Rassisten erklären, auch wenn diese nur fordern, dass kriminelle Asylbewerber möglichst rasch abgeschoben werden sollen. Das böse, zumeist von linken Politikern und Publizisten benutzte Wort von „Dunkeldeutschland“ für die neuen Länder empört nicht nur Anhänger der AfD in Ostdeutschland.

Angesichts der vergleichsweise hohen Kriminalitätsrate von Zugewanderten<sup>42</sup> und der jahrzehntelang missglückten Integration bestimmter Einwanderergruppen in westdeutschen Städten befürchten viele Ostdeutsche ähnliche Zustände in ihren Kommunen.

42 Vgl. BKA: Kriminalität im Kontext von Zuwanderung. Bundeslagebild 2018. Hiernach wurden im Jahr 2018 gut 46 000 Deutsche Opfer einer Straftat mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer (2017: gut 39 000). Im Bereich Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen fielen 230 Deutsche einer Straftat zum Opfer, an der mindestens ein tatverdächtiger Zuwanderer beteiligt war (2017: 112). Im

Diese Differenz in Fragen der Zu- und Einwanderung zwischen Ost und West kann nur überwunden werden, wenn offen und faktenbasiert darüber diskutiert und nach Lösungen gesucht wird. Vorschnelle Abqualifizierungen in die eine und die andere Richtung, wie sie derzeit üblich sind, helfen wenig weiter.

Weiterhin ist das rechtsextreme Personenpotenzial im Osten deutlich größer und es gibt in den neuen Ländern mehr als doppelt so viele rechtsextreme Gewalttaten wie in den alten. Als in Hoyerswerda und Rostock Anfang der 1990er Jahre Jugendliche Ausländer gewalttätig angriffen, während sich die Polizei zurückhielt, wurde einer erstaunten und entsetzten westdeutschen Öffentlichkeit vor Augen geführt, was in der DDR im Verborgenen geschlummert hatte, dort nicht thematisiert werden durfte und erst nach der Wiedervereinigung unter den Bedingungen einer freiheitlichen Gesellschaft zum Ausbruch kam. Öffentliche Verwahrlosung in Gestalt maroder Infrastruktur, zerfallender Innenstädte und vermüllter Landschaften,<sup>43</sup> höhere Gewaltbereitschaft und fremdenfeindliche Einstellungen waren im Kern schon vor 1989 stärker ausgeprägt als in der Bundesrepublik. Eine weit verbreitete rechtsextreme Szene und vor allem gewaltbereite Skinhead-Gruppen gab es bereits vor der Vereinigung, auch wenn die SED das offiziell leugnete.<sup>44</sup>

Verrohung und Gleichgültigkeit sind aber auch Folgen des radikalen sozialen Wandels nach der Vereinigung. Viele Menschen wurden aus überschaubaren sozialen Milieus und planbaren Lebensverläufen herausgerissen. Alte Sicherheiten, auch wenn sie zuvor als einengend empfunden worden waren, verschwanden und hinterließen Leerstellen. Die neue Freiheit setzte zunächst vermeintlich keine Grenzen. Auf sich allein gestellt, fehlte vielen Jugendlichen das Gefühl, gebraucht und anerkannt zu werden.<sup>45</sup>

In der alleingelassenen Jugend, die keine Vorbilder und Autoritäten mehr hatte, konnten rechtsextreme Rattenfänger schnell Fuß fassen. Die schon vorhandene gewaltbereite rechtsextreme Szene breitete sich rasch aus und hat sich bis zum heutigen Tag in mehreren Generationenschüben gehalten. Erst nach dem Fall der Mauer sprach die DDR-Kriminalpolizei von reaktionär-militaristischen und neofaschistischen Gruppen und Perso-

---

Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden gut 3 200 Deutsche Opfer einer Straftat mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer (2017: 2 706). Insgesamt waren 74 Prozent der Opfer von Sexualdelikten mit tatverdächtigen Zuwanderern deutsche Staatsangehörige. In der umgekehrten Täter-Opfer-Relation gab es knapp 8 500 Zuwanderer, die Opfer einer von einem deutschen Staatsbürger verübten Straftat wurden (2017: gut 6 800). Im Bereich Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen wurden 33 Zuwanderer Opfer von Taten, an denen mindestens ein Deutscher beteiligt war. Im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden 89 Zuwanderer Opfer einer Straftat mit mindestens einem tatverdächtigen Deutschen (2017: 74). Diese Zahlen widersprechen dem Mainstream der öffentlichen Diskussion, in der zumeist Deutsche als Täter und Zuwanderer als Opfer dargestellt werden. Es stellt sich die Frage, ob viele Ostdeutsche hier sensibler als Westdeutsche sind oder ob vornehmlich Westdeutsche aus bestimmten Milieus einen verklärten Blick auf diese Realität und Relation von Kriminalität haben.

43 Die Zerstörung der Umwelt ging einher mit wilden Müllkippen. Ein von der Generalstaatsanwaltschaft der DDR Anfang 1990 in Auftrag gegebenes Umweltgutachten ging davon aus, dass mehr als 40 Prozent des anfallenden Mülls auf ungeordneten Müllkippen und wilden Ablagerungen beseitigt wurden. Vgl. Peter Przybylski: Tatort Politbüro. Band 2: Honecker, Mittag und Schalk-Golodkowski, Berlin 1992, S. 198 und generell zur Umwelt und Umweltpolitik in der DDR Klaus Schroeder: Der SED-Staat, S. 662 ff.

44 Klaus Schroeder: Der SED-Staat, S. 728 ff.

45 Vgl. Klaus Schroeder: Alleingelassen: Die ostdeutsche Jugend im vereinten Deutschland. Warum in den neuen Ländern Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft weitverbreitet sind, Tagesspiegel vom 8.12.2011.

nen, die sich radikalisiert hätten und die zu „Keimzellen für terroristische Verbindungen“ werden könnten. Das rassistisch motivierte Mördertrio NSU machte diese Spekulation Jahre später zur traurigen Realität.<sup>46</sup>

Nirgendwo unterscheiden sich die Haltungen ost- und westdeutscher Bundesbürger stärker als in Glaubensfragen. Während im Westen trotz rapide sinkender Anteile religiös eingestellte und kirchlich gebundene Menschen weiterhin die absolute Mehrheit in der Bevölkerung ausmachen, ist im Osten eine sehr breite Mehrheit konfessionslos. Die von der SED seit den frühen 1950er Jahren auch mit brachialen Mitteln betriebene Entchristianisierung hat sich insofern fortgesetzt. In keinem postsozialistischen Land ist die Zahl der Atheisten so hoch wie auf dem ehemaligen Territorium der DDR.<sup>47</sup>

### *Soziale und mentale Selbst- und Fremdwahrnehmungen*

Angesichts der diametralen Folgen von Überfluss und Mangelwirtschaft hatte sich das Verhältnis der Menschen in und zwischen den beiden Deutschlands nicht zueinander und miteinander, sondern auseinanderentwickelt. Soziales Verhalten zur Kompensation des alltäglichen Mangels war in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren nicht mehr nötig. Soziale Netzwerke und nachbarschaftliche Beziehungen entstanden über gemeinsame Interessen und Aktivitäten und kaum über informelle Tausch- und nachbarschaftliche Arbeitsbeziehungen und gemeinsame Betriebszugehörigkeit.

Die soziale Selbsteinordnung fällt weiterhin unterschiedlich aus. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung ordneten sich nur knapp 40 Prozent der Ostdeutschen der Mittel- und Oberschicht zu, im Westen waren es 71 Prozent. Bis zum letzten Erhebungsjahr 2018 stieg der Anteil im Osten auf 63 Prozent, im Westen auf 75 Prozent. Es gibt insofern eine Angleichung bei immer noch hoher Differenz, die aus dem vergleichenden, mitunter verengten Blick vieler Ostdeutscher nach Westen resultiert.

In der subjektiven Wahrnehmung existiert auch heute noch eine „Mauer in den Köpfen“, die sich im letzten Jahrzehnt sogar verfestigt hat. In einer Umfrage in Brandenburg bejahten 2014 diese Annahme 60 Prozent der Befragten insgesamt und auch eine absolute Mehrheit der 18- bis 29-Jährigen.<sup>48</sup>

Wechselseitige Vorurteile existieren weiterhin. Westdeutsche halten Ostdeutsche für unzufrieden, misstrauisch, ängstlich und zurückhaltend, umgekehrt charakterisieren Ostdeutsche Westdeutsche als arrogant, nur aufs Geld bezogen, selbstbewusst und oberflächlich. Diese Stereotypen sind auch bei den Jüngeren anzutreffen. Dabei gibt es eine Ost-West-Schiefelage, das heißt Westdeutsche billigen Ostdeutschen deutlich mehr positive Eigenschaften zu als Ostdeutsche Westdeutschen. Auch fallen Negativbewertungen durch Ostdeutsche intensiver aus. Noch stärker differiert das Selbstbild. Während sich die Westdeutschen mehr negative als positive Eigenschaften zuordnen, sehen sich die Ostdeutschen vor allem positiv.<sup>49</sup>

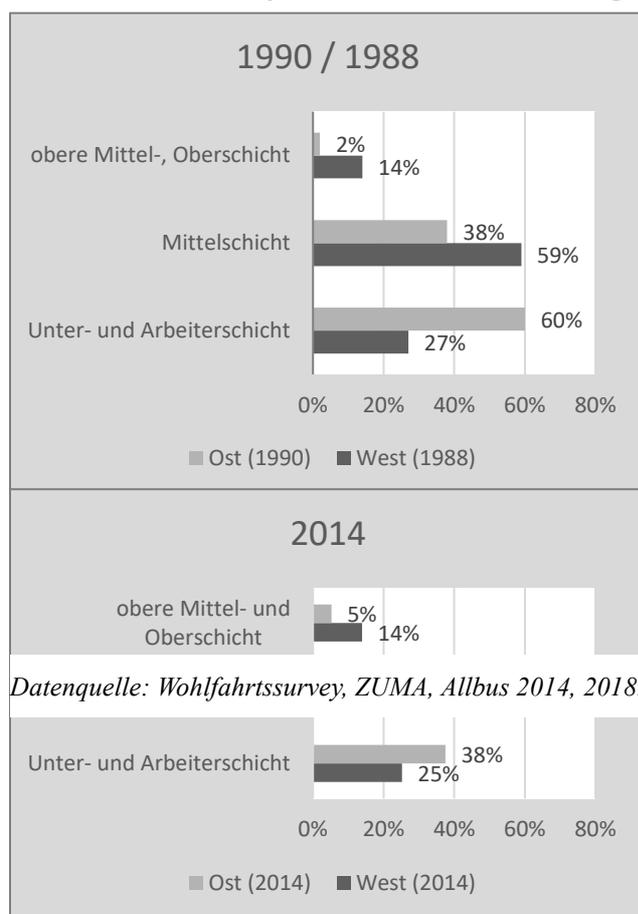
---

46 Vgl. Klaus Schroeder: Das Erbe des SED-Staates, in: FAZ vom 8. Dezember 2014 sowie Bernd Wagner: Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft, Berlin 2014.

47 Thomas Großbölting: Der verlorene Himmel: Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013.

48 Märkische Allgemeine Online vom 3. Januar 2014: <https://www.maz-online.de/Brandenburg/Mauer-Ost-West-Unterschiede-Umfrage> (21.8.2019).

49 Vgl. Klaus Schroeder: Präsentation „Das wiedervereinigte Deutschland“, Berlin 2019.

**Schaubild 7: Subjektive Schichtzuordnung**

Der Anteil derjenigen, die mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen sieht, sank zwar im letzten Jahrzehnt, liegt aber immer noch über dem Anteil derjenigen, die mehr Gemeinsamkeiten konstatieren. Zugenommen hat dagegen die Identifikation der neuen Bundesbürger mit Deutschland. Im Jahr 1992 fühlten sich 31 Prozent eher als Deutsche, 63 Prozent eher als Ostdeutsche. Im Jahr 2006 gab erstmals eine absolute Mehrheit (54 Prozent) an, sich eher als Deutscher denn als Ostdeutscher (35 Prozent) zu betrachten. Bei der letzten Erhebung (2019) waren beide Lager in etwa gleich groß (Identifikation als Deutscher: 47 Prozent; Identifikation als Ostdeutscher: 44 Prozent). Da sich in den letzten zehn Jahren die Wirtschaftslage verbesserte und die Arbeitslosigkeit auch in den neuen Ländern stark abnahm, müssen die Gründe hierfür in anderen Bereichen liegen, wahrscheinlich in der Politik. Absolute Mehrheiten in beiden Landesteilen betonen jedoch, es habe keinen Sinn mehr, auf die Unterschiede

zwischen Ost und West hinzuweisen.<sup>50</sup>

So verschieden sich die Deutschen in Ost und West in der wechselseitigen Wahrnehmung vorkommen mögen und es tatsächlich zumindest bei den älteren Generationen auch sind, so ähnlich werden sie von außen gesehen. Die gemeinsamen als typisch deutsch erachteten Züge treten in der Außenbetrachtung stärker hervor als die Differenzierungen und Gräben.

### *Der Blick zurück*

Ein positiver Bezug auf die DDR ist weiterhin bei einer Mehrheit der Ostdeutschen ausgeprägt, nicht nur in älteren, sondern auch in jüngeren Generationen. Die sozialistische Diktatur wird in immer milderem Licht gesehen, nur noch eine Minderheit betont den Unrechtscharakter und die unerträglichen Verhältnisse. Im Nachhinein wird die DDR als ein Staat bewertet, in dem vieles besser als heute gewesen sei und in dem vor allem soziale Absicherung und Gerechtigkeit geherrscht hätten.<sup>51</sup>

Eine Weichzeichnung der DDR wird in vielen Familien an die junge Generation weitergegeben. Der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur ist vielen jungen Menschen nicht geläufig. Sie übernehmen das schlichte Welt- und Gesellschaftsbild der Altvorväter, demzufolge „die da oben“ alles bestimmen, und „wir hier unten“ nichts zu sagen

<sup>50</sup> Vgl. ebd.

<sup>51</sup> Vgl. Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder/Rita Quasten/Dagmar Schulze Heuling: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen, Frankfurt/Main 2012, und die einschlägigen regionalen Befragungen Thüringen-Monitor, Sachsen-Anhalt-Monitor sowie Sachsen-Monitor.

hätten. Das treffe auf die DDR ebenso wie auf das wiedervereinigte Deutschland zu, wo auch staatliche Maßnahmen als „alternativlos“ bezeichnet werden. Die Kritik an Bundeskanzlerin Merkel bzw. dem „System Merkel“ nicht nur durch Rechtspopulisten, sondern auch auf der linken Seite des politischen Spektrums steht beispielhaft für das Gefühl einer Bevormundung.

Unterschiede in der Mentalität und in dem Blick auf Vergangenheit und Gegenwart werden nicht so schnell verschwinden. Vielleicht ist es ja wie beim Rauchen: Angeblich dauert es nach dem Aufhören noch einmal ebenso lange, bis die Auswirkungen komplett verschwunden sind. Wir waren 45 Jahre geteilt und es wird wahrscheinlich ebenfalls 45 Jahre dauern, bis wir nicht mehr gesondert über Ost-West-Unterschiede reden.

Ein Vergleich mit anderen postsozialistischen Ländern zeigt, wie erfolgreich Deutschland die Wiedervereinigung materiell geschultert hat. Daran ändern auch fortbestehende Unterschiede zwischen Ost und West nichts. Die derzeit noch vorhandenen Gräben in erfahrungs- und systemgeprägten Mentalitäten und Werten können in den nächsten Jahren aber nur zugeschüttet werden, wenn andere Erfahrungen und Einstellungen akzeptiert werden, solange diese nicht an den Grundfesten einer demokratischen Gesellschaft rütteln. Gegenseitiges Verständnis setzt freilich die Bereitschaft voraus, das andere zu verstehen bzw. verstehen zu wollen und sich gemeinsam für den Fortbestand einer freiheitlich-demokratischen Ordnung und pluralistischen Gesellschaft einzusetzen.

Viele Ostdeutsche empfinden die Kritik an der sozialistischen Diktatur als Angriff auf ihre Person. Sie differenzieren nicht zwischen System und Lebenswelt und fordern mehr Anerkennung auch für das System. Doch die kann und darf es pauschal nicht geben. Der individuellen Lebensleistung gebührt Anerkennung, unabhängig davon, in welchem System die Person gelebt hat. Gerade an dieser Differenzierung mangelt es bis zum heutigen Tag. Westdeutsche rechnen sich die Überlegenheit ihres Systems zu und werten gleichzeitig Ostdeutsche gemeinsam mit ihrem alten System ab. Erst wenn dieses Missverständnis ausgeräumt ist, kann das Zusammenwachsen ohne individuelle oder sogar kollektive Kränkungen gelingen. Dabei darf jedoch die notwendige Delegitimierung der sozialistischen Diktatur nicht zugunsten der Anerkennung individueller Lebensleistungen aufgegeben werden.

### *Fazit*

Trotz aller Probleme: Berücksichtigt man die historisch wohl singulären schwierigen Ausgangsbedingungen – die katastrophale ökonomische, infrastrukturelle und ökologische Schlussbilanz der DDR, ihr zum damaligen Zeitpunkt unerwarteter Zusammenbruch, nicht vorhandene historische Vorbilder, das Fehlen einer etablierten Gegenelite im SED-Staat, unterschiedliche, ja gegensätzliche Sozialisationen und Lebenserfahrungen in Ost und West –, so hellt sich das Bild deutlich auf. Dann erscheint die deutsche Wiedervereinigung trotz aller Widrigkeiten und Probleme unter dem Strich als eine Erfolgsgeschichte, auf die wir stolz sein dürfen. Die weiterhin vorhandenen Unterschiede zwischen Ost und West sollten, sofern sie auf der politischen Ebene die Verfassungsordnung nicht in Frage stellen, als Bereicherung für eine lebendige Demokratie angesehen werden.